

Soziale Politik für alle:

Gleichberechtigung nicht nur auf dem Papier



Frauen sind schon lange gleichberechtigt. Aber wie immer ist Recht haben und Recht bekommen nicht dasselbe. Frauen bekommen weniger Geld für gleiche Arbeit, sind häufiger in Teilzeit oder prekär beschäftigt und/oder alleinerziehend. Das alles führt zu weniger Rente und zu Altersarmut. Frauen sind häufiger Opfer von Gewalt und erledigen nach wie vor den Großteil der Familienarbeit. Sie sind in Führungspositionen unterrepräsentiert und finden in männerdominierten Teams weniger Gehör.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Solange die Vereinbarkeit von Familie und Beruf einzig als **Frauenthema** wahrgenommen und behandelt wird, wird sich auf diesem Gebiet nicht viel ändern – spätestens die Corona-Krise hat gezeigt, wie zerbrechlich die vermeintlich neuen Strukturen sind. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist eine **Elternangelegenheit**. Es geht nicht darum, dass die Frau „auch“ arbeiten „kann“ oder „darf“ (während der Mann Vollzeit arbeiten „muss“ und meist auch beruflich aufsteigt). Es geht darum, dass beide Elternteile die Verantwortung sowohl für die Familien- als auch für die Erwerbsarbeit in gleichem Maße tragen. Das gilt auch für getrennte bzw. geschiedene Elternteile. Die meisten Alleinerziehenden wären nur getrennt erziehend, wenn sie den Umgang mit dem anderen Elternteil nicht auf gelegentliche Wochenenden und einen Teil der Ferien beschränken würden. Auch nach einer Trennung müssen beide Elternteile Verantwortung für die gemeinsamen Kinder übernehmen. Kostenlose Kita-Plätze vom ersten Lebensjahr an, Ganztagschulen und ebenso flexible wie originelle Arbeitszeitmodelle für alle Geschlechter würden den Boden dafür ebnen. Für all das muss sich allerdings zu allererst in den Köpfen von Vätern, Müttern und Arbeitgebern etwas bewegen, worauf wir wenig Einfluss haben. Jegliche Initiative zu einer entsprechenden Sensibilisierung werden wir gern unterstützen.

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit



Unsere Gesellschaft ist noch weit davon entfernt, Frauen für die gleiche Arbeit auch gleich zu bezahlen. Bedingt durch die stärkere Einbindung in die Familienarbeit sind Frauen außerdem häufiger in Teilzeit oder prekär beschäftigt. Wir fordern arbeitsmarktintegrative Maßnahmen für langzeitarbeitslose Frauen unter besonderer Berücksichtigung von älteren und alleinerziehenden Frauen. Wir wollen mehr

Teilzeitausbildungsverhältnisse, um die Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie (auch für Väter) zu erleichtern. Wir fordern konkrete Qualifizierungsmaßnahmen für un- und angelernte Frauen.

Häusliche Gewalt

Trotz Umsetzung des Gewaltschutzgesetzes nimmt die häusliche Gewalt nicht ab. Es fehlen ein professionelles Therapieprogramm für Täter und ausreichende Betreuungsangebote für die Opfer. Wir wollen, dass Frauen und Mädchen vor Gewalt in jeglicher Form geschützt werden. Hierbei muss die Stadt Frauen und Mädchen auf vielfältige Weise unterstützen. Wir fordern in Gladbeck die Stärkung, Erweiterung und Finanzierung der bisherigen Angebote (Frauenberatungsstelle, Frauennotruf, Mädchenzentrum etc.). Die Angebote an Schulen zum Thema sexueller Missbrauch müssen gesichert und ausgebaut werden. In Kooperation mit Schulen ist Mädchen und Frauen ein Angebot von Selbstbehauptungs- und Selbstverteidigungskursen zu machen. Mehr Sicherheit im öffentlichen Raum für Frauen und Mädchen muss mit mehr Frauenparkplätzen und beleuchteten Wegen gewährleistet werden.

Gerade auch Frauen und Mädchen aus Einwandererfamilien gilt unsere Solidarität. Deshalb fordern wir die verstärkte Förderung von Projekten für Migrantinnen (z. B. kostenlose Sprachkurse für Frauen, Rechtsberatung, berufliche Unterstützung).

DIE LINKE kritisiert, dass Frauenhäuser bis heute keine finanzielle Absicherung haben. Hier steht vor allem das Land, aber auch die Stadt Gladbeck in der Pflicht. Es ist skandalös, dass Gewaltopfern in Gladbeck keine niederschwellige

Zufluchtmöglichkeit in einem Frauenhaus geboten werden kann. Schutz vor Gewalt an Frauen und Kindern darf nicht an den Kosten scheitern.

DIE LINKE. Gladbeck setzt sich ein für:

- ▶ eine gesicherte Finanzierung der Frauen- und Mädchenförderung in Gladbeck
- ▶ gezielte Arbeitsmarktprogramme für Alleinerziehende
- ▶ Schutzprogramme gegen körperliche und sexuelle Gewalt
- ▶ eine Stärkung der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten sowie eine entsprechende Sicherstellung der materiellen Grundlagen ihrer Arbeit